

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Preis: 10 Pfennig, bei Abnahme monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: Die erstmalig gestaltete Nonpareilspalte oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restansätze anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitspalte 1,50 RM. Anzeigenannahme freitags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 17. April 1930

Nummer 91

Sachsens proletarische Jugend marschiert!

4500 sächsische Jungarbeiter nach Leipzig — Hunderte bereits unterwegs — 1300 neue Mitglieder seit Januar gewonnen
Baut die Erfolge revolutionärer Massenarbeit weiter aus!

Dresden, 17. April.

Die Mobilisierung der sächsischen Jungarbeiter hat nach der Bezirkskonferenz des Jugendverbandes mit verstärkter Kraft und Energie eingesetzt. Bis heute haben sich ohne den NS Leipzig 4500 Jungarbeiter zum Reichsjugendtag gemeldet. Noch liegt die Meldung von einer Reihe wichtiger Unterbezirke, wie Bismarck, Annaberg, Falkenstein usw. nicht vor. Sicher wird von dort ebenfalls eine große Zahl nach Leipzig marschieren. Die Mobilisierung der Jungarbeiter zum Reichsjugendtag wurde überall verbunden mit einer verstärkten Werbearbeit. Täglich gehen Meldungen über die Aufnahme von Jungarbeitern in den kommunistischen Jugendverband ein.

Die Zahl der Neugeworbenen seit dem 1. April übersteigt bereits 300.

Damit wurden in Sachsen seit dem 1. Januar 1300 neue Mitglieder für den kommunistischen Jugendverband gewonnen. Das Ziel von 1800 bis zum Reichsjugendtag ist nahezu erreicht. In den letzten Tagen gilt es noch, alle Kräfte daranzusetzen, um dieses Ziel zu überschreiten.

Die Jungarbeiterverbände befinden sich bereits seit einigen Tagen auf dem Marsch. Unter ihnen herrscht eine glänzende Stimmung trotz Regen und Polizeiterrör. Von Dresden marschierten 55 Erwerbslose ab. Aus Riesa wird uns gemeldet, daß dort 5 Verbaltungen unter den Dresdner Jungarbeiterverbänden vorgenommen wurden. Trotz alledem werden die Jungarbeiterverbände sich nicht abhalten lassen, in allen Ortsteilen werbend für den Reichsjugendtag aufzutreten. Aus Chemnitz befinden sich 200, aus Zwickau über 30 Jungarbeiterverbände auf dem Marsch.

Zehntausende Jugendabteilungen der Sportorganisationen aus Dresden, Chemnitz, Limbach, Plauen, Freital und anderen Orten haben beschlossen, sich mit starken Delegationen am Jugendtag zu beteiligen.

Die jungen Arbeiter aus der Vomag, Plauen, entsenden eine Delegation von 12 Jugendlichen, weiter haben die Jugendlichen aus den Betrieben: Sieler, Strickerwerke, Plauen und Clavin, Adorf, beschlossen, starke Delegationen zu entsenden. Dasselbe wird aus Chemnitz und aus der Glasfabrik Brockwitz gemeldet. Die Jungarbeiter aus der sächsischen Textilhülle n, aus den Glas- und Metallfabriken werden in großer Zahl mit aufmarschieren in Leipzig. In allen Unterbezirken, von denen noch keine Mitteilungen vorliegen, wo noch keine Sport- und Betriebs-Delegationen vorhanden sind, gilt es noch

am letzten Tag alle Kräfte einzusetzen, damit das sächsische Jungproletariat am Kampfmarsch der revolutionären Jugend in Leipzig den ersten Platz einnimmt.

Erfolgreiche Arbeit der Sturmbrigade des KPD

Leipzig, 17. April. (Eigener Bericht)

Die am Montag in Leipzig eingetroffene Berliner Sturmbrigade hat gestern ihre Sturmarbeit aufgenommen. Als erster Betrieb wurde die Leipziger Baumwollspinnerei in Angriff genommen. Schon am frühen Morgen legten die Genossen vor dem Betrieb Betriebsversammlungen, Broschüren und Plakette zum Reichsjugendtag aus und forderten die Jungarbeiter durch Sprechchor auf, sich am Aufmarsch zum Reichsjugendtag zu beteiligen. In der Mittagspause diskutierten die Genossen mit den Jungarbeitern über ihre Lage, über die Ausbeutung im Betrieb und die schlechten Lohnverhältnisse, und gewannen 15 neue Kämpfer für die Reihen des KPD. Als einige Genossen verhaftet, im Gespräch mit den Betriebsarbeitern zu diskutieren, unterbreitete man ihnen den Zutritt, aber unter dem Druck der Arbeiterschaft mußten sie dann doch in die Speisräume gelassen werden, wo sie massenweise Broschüren vertrieben.

Die Sturmbrigade zog dann durch Klein- und Großschloßberg und sammelte Quartiere. Es wurden 135 Quartiere eingetragen, 188 „Junge Garde“ ausgelegt und 344 Broschüren vertrieben.

80 Millionen für Panzerkreuzer B

Brüning setzt Hermann Müllers Marinerrüstung fort

Berlin, 17. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Künftig wird mitgeteilt: Unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Brüning fand gestern nachmittag in der Reichskanzlei die letzte Kabinettsitzung vor den Osterferien statt. Das Reichskabinett beschäftigte sich neben einer großen Anzahl laufender Fragen in erster Linie mit dem neuen, vom Reichsrat verabschiedeten Haushaltsplan für das Jahr 1930. Hinsichtlich der vom Reichsrat eingelegten ersten Rate für das Panzerkreuzer B beschloß

das Reichskabinett einstimmig (also mit den Stimmen der Demokraten), die Reichsratsbeschlüsse dem Reichstage als Grundlage seiner Beratungen zuguleiten.

Die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ schreibt dazu:

„Das Werk der Brüning-Regierung, dieses „reaktionärsten aller Kabinette seit der Revolution“, soll seine Krönung erfahren durch die Inangriffnahme des Baues des Panzerkreuzers B... der, solange die Sozialdemokratie in der Regierung lag, verhindert worden ist... insgesamt wird das Schiff 80 Millionen kosten. Das ist ein Bißchen des Betrages, der nach den Wünschen der Sozialdemokratie von den Unternehmern für die Arbeitslosenversicherung aufgebracht worden ist.“

„Ist das nicht eine radikale Sprache, Prolet? Staunst du nicht, sozialdemokratischer Arbeiter, darüber, daß deine Partei „endlich wieder einmal“ über die Aufrüstung des deutschen Imperialismus in fühner Sprache vom Leder zieht? Also stellen wir fest:

Auch der Panzerkreuzer A hat 80 Millionen gekostet. Die SPD hat diesen Kreuzer bewilligt und sogar die Stira bezogen, die damals von den Kommunisten geforderten 5 Millionen Mark für Kinderpehlung gemeinsam mit den Bürgerblockparteiern abzulehnen.

Staemer hat bereits zu Müllers Zeiten erklärt, daß er auf den Bau des Panzerkreuzers B nicht verzichten werde. Die SPD-Minister haben damals dieser Erklärung keine Gegenentwärtung entgegengelehrt.

Ganz offiziell wurde bereits unter der Müller-Regierung mitgeteilt, daß die Erhöhung des Reichswahretats (im Jahre 1930 um 30 Millionen) hauptsächlich dem Zweck diener soll, ein langfristiges Programm für die Ersatzbauten der Marine festzulegen. Damit war von vornherein mit Zustimmung der SPD-Minister der Weg gebahnt, um die Panzerkreuzerrie zu bauen.

Heute opponiert die SPD-Presse gegen den Bau des Panzerkreuzers B. Heute steht sie außerhalb der Reichsregierung und nimmt Opposition. Heute will sie mit ihrem Scheinoppositionellen Mandat verfahren machen, daß sie ihrer imperialistischen Bourgeoisie alle Mittel zur Aufrüstung bewilligt hat und daß sie offen den Panzerkreuzer B verteidigen würde, wenn sie in der Regierung läge.

Blutpolitik statt Völkerbefreiung

Der Malaufruf der 2. Internationale und der SPD in der Praxis

Wir berichten heute im Inneren unseres Blattes über die Verhärtung der Lage in Indien. In Kalkutta herrscht reiner Bürgerkriegszustand. Das Proletariat von Kalkutta hat einen Angriff auf das Europäerviertel gemacht, wobei sich blutige Kämpfe mit den Polizeitruppen entwickelten. Die Streikbewegung nimmt zu. Der Aufruhr greift auf andere Städte Indiens über. Die indischen Arbeiter und Bauern pfeifen auf das pazifistische Ablenkungsmanöver eines Gandhi und antworten auf die blutigen Kolonialgreuel des englischen Imperialismus mit Massenstreiks und Barrikaden.

Während so die indischen Arbeiter und Bauern mit ihrem Herzblut den Kampf um die Freiheit bezahen, meldet die bürgerliche Presse lakonisch aus London: „Ministerpräsident Macdonald ist am Mittwochmorgens im Flugzeug nach seiner schottischen Heimat gereist, um dort die Osterferien zu verbringen.“

Unter der eigenen Fetz des britischen Imperialismus kämpft das indische Proletariat um seine Freiheit. Derjenige, der Order gibt, diesen Freiheitskampf mit allen Wodswaffen der modernsten Militärtechnik im Auge zu erhitzen, ist Herr Macdonald, Erster Minister Sr. Majestät des britischen Königs und hervorragendes Mitglied der 2. Internationale! Zur gleichen Zeit erläßt diese selbe Internationale, erlassen Amsterdam und die deutsche Sozialdemo-

kratie Malaufrufe, in denen sie die Arbeitermassen auffordern, „auf der Straße ihrem Haß gegen den Ausbruch zu verfechten“ und unter den Fahnen der 2. Internationale am 1. Mai zu demonstrieren.

Kann eine solche Gewusel noch überboten werden? Wollen die sozialdemokratischen Arbeiter ihren ehelichen Willen im Kampf gegen den imperialistischen Krieg so mißbrauchen lassen?

Den wahrhaften Kampf, nicht nur in Worten, sondern in der Tat, gegen imperialistischen Krieg und Kriegsvorbereitungen, für die Verteidigung der bedrohten Sowjetunion, gegen imperialistische Unterdrückung der kolonialen Völker führt nur die kommunistische Internationale. Unter ihren Fahnen marschiert am Sonntag das revolutionäre Jungproletariat Deutschlands in Leipzig auf, unter ihren Fahnen müssen auch die Arbeiter und Arbeiterinnen am 1. Mai marschieren.

Wenn ein Sozialdemokrat Polizeipräsident ist. Der Vortrag, den Meyerhold für Karfreitag abend im Berliner Theater am Schiffbauerdamm über sein System angekündigt hatte, ist polizeilich verboten worden. Der Vortrag sollte durch Beispiele von Mitgliedern der Menchold-Truppe erläutert werden, trägt aber an sich durchaus theoretischen Charakter.

Abschiedskundgebung

der nach Leipzig fahrenden Jugendgenossen, zu der die gesamte Arbeiterschaft eingeladen ist, morgen 11 Uhr

Freiberger Platz